

# Gedächtnisprotokoll von Peter Magulski zum Vororttermin der Petition "Erhalt des Verkehrslandeplatz Konstanz von Peter Magulski"

## Termin

10.10.2016, 10:30 - 12:30

## Ort

Flugplatz Konstanz + Besprechungsraum EBK

## Teilnehmer

- Jürgen Keck, FDP, Landtagsabgeordneter, Kommissionsmitglied, Berichterstatter
- Klaus Burger, CDU, Landtagsabgeordneter, Kommissionsmitglied
- Nese Erikli, Bündnis 90 Die Grünen, Landtagsabgeordnete
- Mitarbeiterin von Nese Erikli
- Michael Ergenzinger, Mitarbeiter des Petitionsbüros
- Mitarbeiterin des Petitionsbüros
- Mitarbeiter des Verkehrsministeriums
- Horst Rieker, Regierungspräsidium Freiburg
- Silvia Löhr, Justiziarin Stadt Konstanz
- Marion Klose, Leiterin Stadtplanung
- Mechtild Kreis, stellvertretende Leiterin Stadtplanung
- Helmut Bechtold, Stadt Konstanz
- Bernd Stephan, Wirtschaftsförderung
- Dr. Walter Rügert, Pressesprecher
- Prof. Dr. Martin Wikelski, Direktor Max-Planck-Gesellschaft für Ornithologie und Professor an der Uni Konstanz
- Ramona Löffler, Redakteurin SÜDKURIER
- Helge Kropat, Geschäftsführer Flughafengesellschaft Konstanz
- Robert Leitner, Flugleiter Flughafengesellschaft Konstanz
- Berndt Stadelhofer, Gesellschafter Flughafengesellschaft
- Helmut Walter, Gesellschafter Flughafengesellschaft
- Maik Schurrer, erster Vorsitzender Segelflugverein, Gesellschafter Flughafengesellschaft
- Helmut Jungmann, Ausbildungsleiter Segelflugverein
- Peter Magulski, Petent

## Ablauf

- Die Vorort-Besichtigung am Flugplatz beschränkte sich in erster Linie auf das Überqueren der Landebahn und Ansehen des Nordstreifens
- Anschließend wurde die Diskussion in den EBK weiter geführt
- Nach einer kurzen Einführung zum Ablauf wurde mir als erstem das Wort erteilt. Ich habe mich zuerst erkundigt, ob Herr Keck die Unterlagen (mehrere Schreiben an den Gemeinderat sowohl zu guten Gründen für den Flugplatzterhalt, Gewerbeflächenentwicklungskonzept-Kritik, als auch die rechtlichen Hinweise zu möglichen Informations- und Treupflichtverletzungen der Stadt) bereits gesichtet habe, und in welchem Detailgrad ich meine Punkte vortragen solle. Herr Keck gab an, die Unterlagen genau gelesen zu haben, ebenso Herr Burger, des Weiteren habe Herr Burger einen Anschlusstermin, weshalb wir gebeten wurden uns einigermaßen kurz zu fassen.
- Demzufolge habe ich in meiner Einleitung auch nur einige der wichtigen Punkte stichwortartig skizziert:
  - Landesentwicklungsplan und unterlassene Abwägung im Gutachten, obwohl vom Gesetz gefordert

- geänderte Situation durch Hafner Nord und Verlängerung des Pachtvertrags Flugplatz bis 2022, die im Gutachten diametral anders beurteilt wurde
  - mögliche Verletzung der Treue- und Informationspflicht der Stadt gegenüber den Gesellschaftern
  - unzureichende Berücksichtigung der Flächen in Privatbesitz
  - Zukunftsperspektiven, Luftfahrtmobilität und Unumkehrbarkeit
  - Sicherheitsrelevanz: ca. 240 Starts von Polizei- und Rettungshubschraubern pro Jahr
  - Hochwassergebiet
  - wissenschaftliche Nutzung, Verweis auf Prof. Wikelski
- Daraufhin bat Herr Keck dass ein Mitarbeiter der Stadt zu meinen Ausführungen Stellung nehmen möge. Frau Klose meldete sich, und stellte es so dar, als ob wir uns erst völlig am Anfang eines üblichen Prozesses befänden. Es seien eben zahlreiche Gutachten (Artenschutz, Hochwasser, Pro-Flugplatz) gerade in Arbeit und erst die würden dann ja Grundlage für eine Entscheidung sein.
- [Anmerkung des Autors: Hierbei hat Frau Klose unterschlagen, dass der ursprüngliche Plan der war, bereits im Herbst 2015 den Gemeinderat über das Gewerbeflächenentwicklungskonzept abzustimmen zu lassen, ohne dass damals geplant gewesen wäre, weitere Gutachten in Betracht zu ziehen. Das passierte erst aufgrund der verschiedenen Interventionen]*
- Frau Löhr meldete sich zu den Themen Treue- und Informationspflichtverletzung und behauptete ohne genauere Ausführung, dass dies nicht stimmen würde und die Treuepflicht sich nur auf das Abstimmungsverhalten auswirken würde.
  - Daraufhin habe ich mich nochmals zu Wort gemeldet und ihrer Erwiderung widersprochen und erwähnt, dass ich den Themenbereich mit 3 verschiedenen Juristen besprochen habe und alle mir gesagt hätten, dass die Stadt keinesfalls sicher wäre alles korrekt gemacht zu haben, sondern im Gegenteil eine Verletzung seitens der Stadt wahrscheinlich sei. Ich habe des Weiteren ein konkretes Beispiel angebracht (Entzug von Lizenzen in einer Insolvenzgefährdenden Situation), daraufhin hat sich Frau Löhr nicht erneut zu Wort gemeldet und meine Ausführungen so stehen lassen.
  - Der Mitarbeiter vom Verkehrsministerium wurde von Herrn Keck gebeten ebenfalls seine Position darzulegen. Er hat prinzipiell darauf hingewiesen, dass das Ministerium Flugplätze befürwortet, aber auch erwähnt, dass er die Entscheidung dennoch in der Entscheidungshoheit der Kommune sehen würde.
  - Er hat auch Bezug auf meine rechtlichen Ausführungen genommen und behauptet, dass die Stadt ja den Gesellschaftszweck der GmbH ändern könne und dann keine Verletzung der Treuepflicht mehr vorliegen müsse.
  - Dem habe ich widersprochen, da Gesellschaftsvertragsänderungen bei der Flughafengesellschaft ein einstimmiges Ergebnis benötigen würden und dementsprechend nicht damit zu rechnen sei, dass die Minderheitsgesellschafter einer Satzungsänderung zustimmen würden.
  - Herr Rieker sollte ebenfalls Stellung beziehen und die Sicht des Regierungspräsidiums darlegen. Herr Rieker hat sich klar für den Erhalt des Flugplatzes ausgesprochen und auch deutlich gemacht, dass eine Betriebspflicht für den Platz bestünde und dass eine Auflösung dieser Pflicht ein sehr langwieriger Prozess wäre, der länger dauern würde, als eine Genehmigung für einen neuen Flugplatz zu erhalten, was bereits ein sehr langwieriger Prozess sei.
  - Herr Rieker hat mitgeteilt, dass das Regierungspräsidium natürlich nach Kompromissen suche und dementsprechend klar den Kompromissvorschlag der Nordstreifenbebauung unter Beibehaltung des Flugbetriebs empfehle. Eine rechtliche Abklärung dieser Konstellation habe das Regierungspräsidium bei der DFS bereits vorgenommen und dieser Kompromiss sei somit rechtlich möglich.
  - Herr Rieker empfahl zusätzlich eine Befestigung der Landebahn sowie eine Befeuern, damit Nachtlandungen und -starts ermöglicht werden könnten.
  - Prof. Wikelski wurde von Herrn Keck gebeten zu dem wissenschaftlichen Nutzen Stellung zu nehmen *[Anmerkung des Autors: ich hatte seine Schreiben an OB und GR ebenfalls zur Petition eingereicht].*
  - Prof. Wikelski hat die Wichtigkeit für verschiedene konkrete Forschungsprojekte (die Jahresetats von mehreren Millionen Euro haben) dargelegt und auch klar gemacht, dass sollte der Flugplatz geschlossen werden, ein wichtiger Standortvorteil entfallen würde und er sich mit seiner Gruppe mittelfristig einen anderen Ort suchen könnte und evtl. Konstanz verlassen würde. Ebenso erwähnte er, dass in

wissenschaftlichen Kreisen und Gesprächen bei Kollegen, die Konstanz in Erwägung ziehen würden, bereits mehrfach das Vorhandensein eines lokalen Flugplatzes als wichtiger Standortfaktor gewertet wurde.

- Herr Stadelhofer hat einige weitere bereits bekannte Punkte ausgeführt:
  - Zeltplatz als Eventunterstützung
  - wichtiger Standort im Katastrophenfall
  - problematische Bodenbeschaffenheit
  - Zukunftsperspektiven Luftfahrt
  - die langjährige Behinderung seiner Tätigkeit und auch konkret Beispiele zur Informationspflichtverletzung. U.a. habe Herr Schaal, Leiter der Wirtschaftsförderung, dem SÜDKURIER für Zitate zur Verfügung gestanden, die sich geschäftsschädigend auf sein Unternehmen ausgewirkt hätten und über die die Flughafengesellschafter nicht vorab informiert worden seien, sondern aus der Zeitung erfahren mussten.
- Herr Keck fragte Herrn Stephan, ob dieser dazu für die Wirtschaftsförderung etwas sagen könne, dieser verneinte.
- Herr Stadelhofer erwähnte dass der Flugplatz derzeit dafür Sorge, dass der Luftraum C um den Flughafen Zürich derzeit über Konstanz erst in einer Höhe von 6500 Fuß (ca. 2000m) über Meereshöhe beginne und sollte der Flugplatz nicht mehr existieren, dieser vermutlich deutlich abgesenkt werden könne.
- Hierzu hat sich Herr Rieker eingeschaltet und die Aussage von Herrn Stadelhofer bestätigt und mitgeteilt, dass es sogar sehr wahrscheinlich sei, dass der Luftraum C um den Flughafen Zürich von derzeit 6500 Fuß (ca. 2000m) über Meereshöhe bei Konstanz auf bis zu 3500 Fuß (ca. 1070m) Meereshöhe abgesenkt werden könnte. Konstanz liegt auf 1300 Fuß über Meereshöhe, somit wären dann nur noch 2200 Fuß (670m) über Boden als Pufferzone verfügbar.
- Maik Schurrer und Helmut Jungmann haben sich noch zum Aspekt der Jugendförderung und Ausbildung gemeldet und betont wie wichtig die z.T. auch ehrenamtliche Tätigkeit auch für Jugendliche sein kann.
- Frau Erikli hat sich zu Wort gemeldet und sich an die Verwaltung gerichtet, dass sie es für sinnvoll halte, wenn diese an ihrer Kommunikation arbeiten und diese verbessern würde.
- Frau Löhr meldete sich ebenfalls zu Wort und stellte die Behauptung auf, dass für eine weitere Entwicklung im Gewerbebereich nur Hafner oder Flugplatz zur Verfügung stünden.
- Mir wurde dann das "Vorschlusswort" von Herrn Keck erteilt. Ich habe daraufhin nochmals bemängelt, dass die Darstellung der Alternativlosigkeit nicht korrekt sei, dass insbesondere die zahlreichen in Privatbesitz befindlichen Flächen, die entwickelt werden könnten, komplett ausgeklammert würden. Ich habe auch einige Sätze aus der Broschüre "Zukunft sichern - mit Flächen haushalten" des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur BW zitiert in denen sich das Ministerium an Ratsmitglieder wendet und diesen empfiehlt keine neuen Gewerbegebiete auszuweisen, sondern anstatt dessen bestehende Gebiete besser zu nutzen.
- Ich habe mich abschließend bei allen Beteiligten bedankt, dass sie die Angelegenheit so ernst nehmen.
- Herr Keck hat sich ebenfalls bedankt und erwähnt, dass noch Unterlagen in den nächsten Tagen nachgereicht werden können, auch von anderen als dem Petenten. Nach unbestimmter Zeit würde dann die Petition dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt, er könne aber dazu leider nichts sagen, ob der Petition abgeholfen werden kann.